

unsere zeit

Zeitung der DKP

EXTRA

Mit Bulldozern und Abrissbirnen die Zukunft gestalten?

Widerstand wird jetzt zur Pflicht!

„Sparen“ ist für die CDU-SPD-Koalition (GroKo) im Saarland „Dreh- und Angelpunkt“ ihres Regierens und ihrer Landespolitik. In Wirklichkeit wird aber nicht „gespart“, sondern gekürzt, zusammengestrichen, abgebaut und liquidiert. Statt „Sparen“ findet „Kaputtsparen“ statt. Hinter dieser Nebelwand des „Sparens“ entwickelt sich ein landespolitisches Desaster. Eine verheerende Bilanz (Siehe die Innenseiten).

Die Kaputtsparpolitik/Austeritätspolitik im Saarland ist natürlich keine verantwortungsvolle Politik für die Zukunft. Sie ist eine dauerhafte Kampfansage gegen die eigene Bevölkerung, vor allem gegen die Arbeitenden. Die so genannte Schuldenbremse war und ist dabei nur der Brandbeschleuniger.

Diese Regierung aus CDU und SPD erweist sich als unfähig, wirklich problemlösende Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit und für eine lebenswertere Zukunft in diesem Bundesland zu finden. Die Politik der CDU-SPD-Koalition ist nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden der Menschen im Land!

Diese Politik akzeptiert die Ungerechtigkeiten in der Verteilungspolitik und verfestigt sie: Die Reichen werden reicher, ihre großen Vermögen werden geschont, die Rech-

nung dafür sollen wie immer die „kleinen Leute“ bezahlen.

Ein Kurs sozialer Ungerechtigkeit

Leider gibt es kein konsequentes Handeln der Saarbrücker Landesregierung, um die Lage zu verändern. Sie arbeitet als Wurmfortsatz der GroKo in Berlin, kuscht vor ihr, wird natürlich von dieser auch im Stich gelassen und sogar vorgeführt. Statt zu kämpfen, sich von diesem Kurs der sozialen Ungerechtigkeiten zu verabschieden, einen Politikwechsel einzuleiten und dafür zu mobilisieren, bleibt es dabei: Weiter so mit dem Kaputtsparen!

Es vergeht inzwischen kein Tag, an dem von dieser Regierung nicht neue Provokationen gestartet werden und dabei weiter kaputtgespart und gleichzeitig immer tiefer und

rücksichtsloser in die Taschen des Volkes gegriffen wird.

CDU und SPD haben jetzt mit Innenminister Bouillon einen Mann gefunden, der ihre Austeritätspolitik mit Brachialgewalt forciert. Vorschusslorbeeren gibt es dazu aus Unternehmer- und Wirtschaftskreisen, z.B. von der so genannten „Zukunftsinitiative Saar“. Diese fordert schon seit langem den weiteren Abbau öffentlicher Dienstleistungen und Arbeitsplätze, die Beseitigung demokratischer Grundrechte. Das ist der Treibstoff für den Bulldozer, mit dem Bouillon jetzt unterwegs ist. Die Abrissbirne gegen die Kommunen wurde in Stellung gebracht.

Dieser Minister ist nicht „vom Himmel gefallen“. Er ist eine Personalie der Koalition von CDU und SPD. Nichts anderes. Die SPD empört sich hier und da scheinheilig, hat aber inhaltlich kein anderes Konzept zu bieten.

Gegen diese Politik des Niedergangs entwickelt sich Widerstand, weil die Folgen im ganzen Land immer spürbarer und greifbarer werden. Immer mehr Menschen spüren: Das Leben verbessert sich nicht, im Gegenteil, es wird immer schwieriger und „die Politik“ hält nicht das, was sie verspricht.



Wir Kommunisten sind mit vielen Menschen unseres Saarlandes der Auffassung: Diesem Niedergang muss eine Alternative entgegen gesetzt und durchgesetzt werden! Diese Alternative ist ein radikaler Politikwechsel.

Dafür gilt es aufzustehen und solidarisch zu handeln!

Neue Wege beschreiten!

Zunehmend mehr Menschen sind verunsichert: Sie erleben, wie Betriebe durch Insolvenz und Unternehmerwillkür an den Abgrund gedrängt oder vernichtet werden. Ohnmächtigkeit macht sich breit, weil reale Auswege aus der entstandenen Lage nicht erkennbar sind. Doch die Landesregierung gibt sich weiter erfolgreich, obwohl Skandale wie der „vierte Pavillon“, die gescheiterte Polizeireform, der Flopp mit der Völklinger Fischzuchtanlage, marode Straßen und bröckelnde Fassaden öffentlicher Einrichtungen als Zeugen für eine gescheiterte Politik unübersehbar sind. Dazu kommen die Ängste vieler Leute vor den wachsenden Aktivitäten neonazistischer Kräfte und ausländerfeindliche Übergriffe. Diese und andere Beispiele machen deutlich: Das Übel muss endlich an der Wurzel gepackt werden, eine neue Politik muss her! Wie das möglich wird, wollen wir in dieser Ausgabe darstellen.



DKP-Protestaktion im Oktober 2012 vor dem Saarländischen Landtag

Viel leeres Getöse um den „Macher“ aus St. Wendel:

Innenminister Bouillon serviert „ausgelutschte“ Projekte – Wir sollen es jetzt ausbaden

Es sieht trübe aus im Saarland: Uni und Krankenhäuser sind bedroht, Straßen marode, Schulstunden werden massenweise gestrichen, 36 von 52 Kommunen sind überschuldet. Den Gemeinden steht quasi das Wasser bis zum Hals und das Land hat sich mit der „Schuldenbremse“ in eine gefährliche Lage manövriert. In dieser scheinbar ausweglosen Situation schlägt Innenminister Bouillon wie eine Bombe ein, als er verkündet, in den Gemeinden 10 Prozent Personal einsparen zu wollen. Jetzt soll der Gürtel für die kleinen Leute noch enger geschnallt werden.

Um es gleich klarzustellen: Was der neue Minister Bouillon jetzt als Lösungswege anbietet, ist weder neu noch erfolgversprechend. Schon seit Jahrzehnten ist ein Großteil der saarländischen Gemeinden nicht mehr in der Lage, ihren Haushalts-etat auszugleichen, sie werden gezwungen, einen Sanierungshaushalt aufzustellen. Trotzdem kommen diese Kommunen nicht mehr aus der Talsohle raus. Aber der Innenminister nimmt das nicht zur Kenntnis. Wie ein Elefant im Porzellanladen trampelt er auf den Kommunen rum und macht Tabula rasa: „Ich werde weiterhin klare Vorschläge zur Sanierung der verschuldeten Kommunen machen (...) und ich ziehe das durch“.

Jährlich 160 Mio. Euro fehlen den Saar-Kommunen

Doch jetzt mal der Reihe nach: Für Klaus Bouillon ist der 9. März 2015 ein Tag der „Zäsur“, denn nun gebe es „erstmal eine klare Perspektive für die Städte und Gemeinden“ (SZ vom 10.3.15). An diesem Tag ist nämlich von Prof. Martin Junkernheinrich ein Gutachten zu den Kommunalfinzen im Saarland vorgestellt worden.

Der genannte Gutachter beziffert die jährliche Finanzierungslücke der Saar-Kommunen auf 160 Millionen Euro. Nicht berücksichtigt ist dabei der bundesweite Investitionsstau im Bereich der Kommunen in Höhe von 118 Milliarden Euro, an dem das Saarland einen beachtlichen Anteil hat. Wie soll diese riesige Lücke je geschlossen werden?

Bouillon fühlt sich durch Junkernheinrich bestätigt, der zwar erklärt, der Bund müsse die Gemeinden bei den Sozialkosten weiter entlasten,

aber ansonsten müssten die Städte und Gemeinden „alle Einnahmelmöglichkeiten“ voll ausschöpfen (z.B. durch höhere Hebesätze für die Grundsteuer B sowie Beitrags- und Gebührenerhöhungen), noch weiter „sparen“ und vor allem „die Personalausgaben um rund zehn Prozent“ reduzieren.

Das Duo Junkernheinrich/Bouillon bietet also den Abbau von Arbeitsplätzen, die Schließung von Schwimmbädern, Sporthallen, Büchereien und anderen Sozialeinrichtungen als „klare Perspektive“ an. Alles zusammen soll dann noch mit weiter steigenden Gebühren und Tarifen garniert werden. In Wirklichkeit ist das alter Wein in neuen Flaschen.

Was aktuell verkauft wird, hat schon in der Vergangenheit nichts getaugt, um die Lage der Kommunen zu verbessern. Das Thema ist also „ausgelutscht“, wie man neudeutsch zu sagen pflegt. Neu ist allerdings, dass der nun verfolgte Weg als Einschnitt (Zäsur) gesehen wird, hinter den nichts mehr zurückführt. Das lässt für die Zukunft noch weit Schlimmeres befürchten.

Änderung der Politik sieht anders aus

Junkernheinrich betonte bei der Vorstellung seines Gutachtens, dass an harten Einschnitten bei der Haushaltskonsolidierung kein Weg vorbeiführe. Spare eine Kommune nicht genug, könne die Kommunalaufsicht den Rat oder den Bürgermeister entmachten und einen Sparkommissar einsetzen „Man braucht das manchmal, um zu zeigen: Wir ändern die Politik“, betonte der Gutachter. Also, die Warnung vor dem Sparkommissar (Griechenland lässt grüßen!) als der große

Knüppel, damit die Gemeinden wissen, dass es ernst ist und sie vor der Kommunalaufsicht zu kuschen haben. Das hat aber nichts mit neuer Politik zu tun.

Neue Politik muss damit beginnen, mehr Gerechtigkeit in der Steuer- und Finanzpolitik umzusetzen. Dabei muss auch eine kürzlich veröffentlichte Studie berücksichtigt werden, die von einer „Rekord-Armut in Deutschland“ spricht. Nur wenige Wochen zuvor meldete die Presse: „Ein Prozent hat mehr Geld als der Rest der Welt“. Geld ist demnach offensichtlich genug da, es wird jedoch falsch verteilt. Aber

die Bouillon ond Co. ignorieren diese Dinge, sie versuchen, immer noch mehr aus dem Volk herauszupressen, so wird auf rücksichtslose Weise unser Land ganz kaputt gemacht.

Wo das Geld für die Kommunen hergeholt werden kann, macht unten stehende Übersicht deutlich. Wenn wenigstens die einst auch von der Saar-SPD versprochene Vermögenssteuer in Angriff genommen würde und entsprechende Initiativen im Bundesrat erfolgten, dann könnten erhebliche Mittel frei gemacht werden, um den Städten und Gemeinden finanziell zu helfen.

Adressat für Steuerbescheid	Vermögen	einmalige Vermög.-Abgabe	jährliche Vermög.-Steuer
Richard Weber Karlsbergbrauerei	450 Mio. Euro	45 Mio. Euro	4,5 Mio. Euro
Edwin Kohl Kohl-Pharma	350 Mio. Euro	35 Mio. Euro	3,5 Mio. Euro
Röchling-Erben	300 Mio. Euro	30 Mio. Euro	3,0 Mio. Euro
Familie Martin u.a. Möbel Martin	300 Mio. Euro	30 Mio. Euro	3,0 Mio. Euro
Thomas Bruch Globus-Gruppe	2.050 Mio. Euro	205 Mio. Euro	20,5 Mio. Euro
Fam. Boch-Galhau Villeroy & Boch	350 Mio. Euro	35 Mio. Euro	3,5 Mio. Euro
August W. Scheer vormals IDS Scheer	300 Mio. Euro	30 Mio. Euro	3,0 Mio. Euro
Das sind insgesamt:		410 Mio. Euro	41 Mio. Euro

Die Liste der 500 vermögendsten Reichen enthält auch die Namen von sieben Saarländern (Stand: 2013). Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie durch die im Kapitalismus übliche Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, durch steuerliche Bevorteilung und andere Faktoren reich geworden sind. Ihnen etwas abzuzwicken, würde sie nicht arm machen, aber den gewerkschaftlichen Forderungen entsprechen und vor allem der Gesellschaft viel helfen.

In der Kommunalpolitik geht es immer auch um Grundsatzfragen:

Schwimmbäder erhalten oder neue Panzer

Städte und Gemeinden haben ein Recht auf kommunale Selbstverwaltung. So steht es in der Verfassung, dabei muss es auch bleiben. Aber dieses Recht ist durch die Rotstiftpolitik in Bund und Ländern sehr gefährdet, jetzt gilt es zu verhindern, dass es unter die Räder kommt.

In einer Zeit, da die Saar-Kommunen „bundesweit am höchsten verschuldet“ sind und die „Infrastruktur flächendeckend verfällt“ (SZ 21.8.13), besteht die Landesregierung eisenhart darauf, dass die Schuldenbremse uneingeschränkt durchgesetzt wird. Innenminister Bouillon sieht sogar noch „Einsparpotential bei den Kommunen“; er drängt z.B. auf die **Schließung von Schwimmbädern**, wobei er von Junkernheinrich unterstützt wird.

Angeblich ist das Saarland in Relation zur Einwohnerzahl mit Schwimmbädern besser ausgestattet als das Ruhrgebiet oder Berlin. Ein schlechter Vergleich, denn Ruhrgebiet und Berlin sind wesentlich dichter besiedelt und haben leistungsfähige Nahverkehrssysteme, so dass man die Bäder schnell erreichen kann. Das gibt es bei uns aber nicht. Schon von daher ist ein reiner Zahlenvergleich unreal. Hinzu kommt, dass viele Schulkinder bereits heute keine Möglichkeit haben, schwimmen zu lernen und etliche DLRG-Vereine sich über fehlende Ausbildungsstätten beklagen.

Der demografische Faktor

Vielfach wird auch argumentiert, dass wegen der demografischen Entwicklung nicht mehr so viele öffentliche Einrichtungen notwendig seien und auch Personal eingespart werden könne. Das stimmt so nicht, denn eine von demografischen Faktoren beeinflusste Gesellschaft braucht nicht weniger Schulen, Sportanlagen und Sozialeinrichtungen, sondern andere! Diese Einrichtungen müssen den Bedürfnissen der Menschen vor Ort besser gerecht werden und einem zunehmend älteren Klientel mehr entgegenkommen.

Im Übrigen hat es bisher keine Regierung im Saarland fertig gebracht, einen umfassenden Landesentwicklungsplan vorzulegen, der konkrete Anhaltspunkte gibt, in welchen Richtungen sich das Land

entwickeln soll, welche Schwerpunkte und Aufgaben dabei umgesetzt werden müssten, um eine gesunde und ausgewogene Entwicklung des Landes zu sichern.

Das Fehlen einer solchen Planung ist auch der Grund dafür, dass im Zuge der Gebietsreform 1974 vorher noch massenweise Sporthallen und Schwimmhallen beschlossen wurden, um damit die Zustimmung der Gemeinden zu dieser Reform zu erschleichen. Im Nachhinein wurden etliche dieser Einrichtungen geschlossen.

Es ist also durchaus sinnvoll, endlich einen Landesentwicklungsplan zu erarbeiten, der alle Aspekte der künftigen Gestaltung unseres Landes umfassen und die Schwerpunkte der Entwicklung aufzeigen

sollte. Das kann jedoch nicht ohne volle Respektierung der kommunalen Selbstverwaltung umgesetzt werden und darf vor allem „keine Planung nach Kassenlage“ sein. Dabei muss die weitere Schließung von sozialen und kulturellen Einrichtungen unbedingt verhindert werden. Weitere Schwimmbäder dürfen nicht geschlossen werden! Das Geld dafür sollte bei den Panzern eingespart werden, welche die Ministerin von der Leyen nun anschaffen will, um die Bundeswehr-Eingreifgruppe für ihre Auslandseinsätze damit auszurüsten

Vorwärtsweisende Landesplanung, das soll ausdrücklich betont werden, ist nur möglich, wenn ein radikaler Wechsel in der Landespolitik vollzogen wird. Dazu ist die Durchsetzung einer anderen Finanz- und Steuerpolitik unbedingt notwendig. Die DKP stellt in diesem „Saarland-Report“ ihre Positionen dazu klar.

Bei Geld hört auch in Kommunen die Freundschaft auf:

Zusammenarbeit muss eine Grundlage haben

Seit einiger Zeit gibt es eine landesweite Auseinandersetzung über die Frage, wie der drohende Absturz der Kommunen in den Abgrund verhindert werden kann. Dabei wird von der Landesregierung die „stärkere Zusammenarbeit der Städte und Kommunen - notfalls bis hin zu einer Gebietsreform“ - nachdrücklich betont. Nach CDU-Vorstellungen sollen sich Städte und Gemeinden „freiwillig zu so genannten Infrastruktur-Einheiten von 30.000 bis 50.000 Einwohnern zusammenschließen“, die etwa Standesämter, Bäder, Hallen und IT-Einrichtungen gemeinsam betreiben. Dafür soll es finanzielle Anreize geben.

Jetzt hat sich auch die SPD für mehr Kooperation der Kommunen ausgesprochen. In einem „Saarland-Pakt“ schlägt die Partei vor, alle Verwaltungsaufgaben ohne direkten Bürgerkontakt“ zusammenzulegen und zentral abzuwickeln. So z.B. nur noch ein Rechenzentrum landesweit, gleiches gilt für Rechnungsprüfungs- oder Steueramt. Dabei bleiben Bürgernähe und Identität auf der Strecke. Nichts mehr mit kommunaler Selbstverwaltung, die gesetzlich garantiert ist!

Jeder Kenner der Lage weiß, dass auch in den Kommunen bei Geld die Freundschaft aufhört und die viel beschworene Zusammenarbeit nur einen Sinn macht, wenn auch Mittel da sind, um etwas zu bewegen. Zusammenschlüsse nur des Sparens willen führen dazu, dass die kommunale Selbstverwaltung immer weiter ausgehöhlt wird und am Ende nur noch eine Hülle bleibt, um die Blößen eines heruntergewirtschafteten Kommunalsystems schamhaft zu verdecken.

Kein Weg führt an der Grundfrage aller Kommunalpolitik vorbei, der ausreichenden Finanzierung der Städte und Gemeinden. Durch eine neue Steuer- und Abgabepolitik müssen die öffentlichen Kassen gestärkt werden. Vor allem große Vermögen und Einkommen sind stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls heranzuziehen.



Bei einer spektakulären Aktion im vergangenen Herbst probten Beschäftigte der Unikliniken in Homburg den „Aufstand“, eine Initiative der ver.di-Gewerkschaft.

ver.di-Personalräte präsentieren ihre Forderungen

Aus der Erkenntnis, dass die jährlichen Ausgaben der saarländischen Städte und Gemeinden rund 160 Mio. höher sind als die Einnahmen, haben die ver.di-Personalräte ihre Schlussforderungen gezogen und an die Landesregierung notwendige Forderungen genannt. Einige seien hier aufgezählt:

- Verankerung des „Konnexitätsprinzips“ in der saarländischen Verfassung in die Wege zu leiten.
- Auflage eines echten Entschuldungsfonds, der seinen Namen verdient.
- Initiative der Landesregierung zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer starten. Nach Berechnungen des Institutes für Makroökonomie der HBS bringt das dem Saarland: + 50 Mio. Euro.
- Initiative der Landesregierung zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf das Niveau der Regierung Kohl (53%) auf den Weg bringen. Nach den o. a. Berechnungen bringt das dem Saarland: + 25 Mio. Euro.
- Initiative der Landesregierung zur Erbschaftssteuer ergreifen. Nach den o. a. Berechnungen bringt das dem Land: + 15 Mio. Euro.
- Initiative zur Einführung einer Vermögensabgabe im Sinne von Artikel 106 (1), Nr. 5 Grundgesetz, vorrangig zum Abbau der Schulden von Land und Kommunen..
- Aufhebung des Ministererlasses der Vorgängerregierung und der dort festgelegten kommunalen Schuldenbremse.

Thomas Hagenhofer, Bezirksvorsitzender der DKP im Saarland:**Besser leben für alle im Saarland**

In Spanien wurde in jüngster Zeit ein ganz neuer Begriff geprägt, der „Austerizid“, also der „Tod durch Sparen“. Er fasst in einem Wort die Grausamkeit der sogenannten Austeritätspolitik zusammen, die derzeit insbesondere die Regierung Merkel den europäischen Staaten aufzwingt. Die steigenden Selbstmordraten in den Ländern Südeuropas sagen alles über diese menschenverachtende Politik:

Der Kapitalismus tötet – jeden Tag, in jedem Land, mal Hunderte durch Hunger, Armut, Krieg und Zerstörung, mal Dutzende durch eine unsoziale Politik, prekäre Beschäftigung und Massenarbeitslosigkeit! Deshalb kämpfen Kommunistinnen und Kommunisten für eine andere Gesellschaft, in der die Demokratie nicht halt macht vor den eigentlichen Machthabern, eine Demokratie, die nicht an den Toren von Banken und Konzernen endet. Wie jüngste Umfragen belegen, ist das auch der Wunsch

breiter Bevölkerungsschichten dieses Landes. Die entscheidende Frage ist aber, wie dieses große Ziel zu erreichen ist. Was ist heute erstreitbar als ein Schritt in Richtung einer gerechten Gesellschaft?

Die DKP setzt auf ein breites Bündnis zur Durchsetzung eines radikalen Politikwechsels.

Wir wollen das Saarland nicht (wie die Ministerpräsidentin, ihr Einpeitscher Boullion oder die Zukunftsinitiative Saar) für die Profite der Reichen und Konzerne ret-

ten, sondern für diejenigen, die auf ein gut ausgebautes System der Daseinsvorsorge angewiesen sind. Nicht die Pfründe von Toto- und Sparkassendirektoren müssen gerettet werden, sondern die demokratischen und sozialen Rechte der Saarländerinnen und Saarländer.

Nur Vermögende können sich ein armes Saarland leisten.

Es muss endlich Schluss sein mit prekärer Beschäftigung, dem fortwährenden Abbau von Leistungen, ob im Gesundheitswesen, der Infrastruktur oder in der Bildung. Ganz entscheidend wird dabei sein, ob die Landesregierung die von ihrer Politik betroffenen Menschen weiter spalten kann oder ob sich der Widerstand gegen einzelne Teile der Kaputtsparpolitik vernetzt und der gemeinsame Gegner erkannt und dementsprechend gehandelt wird. Ein wich-



tiges Vorhaben in dieser Richtung ist die von der Gewerkschaft vertretene vorgeschlagene Großdemonstration für die Zukunft des Landes.

Gemäß Verfassung handeln!

Linke Kräfte wie die DKP werden aufgrund ihrer Ziele von den Herrschenden gerne als Verfassungsfeinde diffamiert. Das Gegenteil ist der Fall! In der Saarländischen Landesverfassung steht: „Alle wirtschaftlichen Großunternehmen können durch Gesetz aus dem Privateigentum in das Gemeinschaftseigentum übergeführt werden, wenn sie in ihrer Wirtschaftspolitik, ihrer Wirtschaftsführung und ihren Wirtschaftsmethoden das Gemeinwohl gefährden.“

Saarländische Großunternehmen verweigern durch die ständige Ausweitung von prekärer Beschäftigung und ihre Weigerung, neue reguläre Vollzeitstellen zu schaffen, tausenden Menschen ihr ebenfalls in der Verfassung verankertes Recht auf Arbeit! Gemeinwohl ist dabei für uns nicht Verstaatlichung, sondern die Vergesellschaftung der großen Banken und Konzerne unter demokratischer Kontrolle durch Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und die dort Beschäftigten.

Eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt entspricht also der Landesverfassung – es ist darum höchste Zeit, sie einzufordern.

Politikwechsel statt Kaputtsparen!

Die DKP Saarland sagt: Schluss mit einer Politik, die allein den Millionären und Milliardären, den großen Konzernen, Banken und Finanzinvestoren dient, Schluss mit der neoliberalen Politik. Wir fordern deshalb:

Entschuldung des Landes - Die Reichen müssen zahlen!

- Initiativen des Saarlandes im Bundesrat zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie einer Vermögensabgabe
- Wegsteuern nichtinvestierter Gewinne (Millionärssteuer, Finanztransaktionssteuer)
- Initiativen zur Streichung der Schuldenbremse aus dem Grundgesetz
- Sofortige Aufhebung des Ministererlasses zur kommunalen Schuldenbremse
- Entschuldung des Landes und der Kommunen durch Einführung eines Zinsmoratoriums, Schuldenschnitt und Umverteilung aus dem Rüstungshaushalt zugunsten regionaler Entwicklung und kommunaler Daseinsfürsorge

Mehr für Arbeit, Bildung, Umwelt

- Initiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns
- Konsequente Umsetzung des Tariftreuegesetzes entsprechend den Vorstellungen des DGB
- Umverteilung von der Wirtschaftsförderung zu umfassender Bildung
- Schaffung tariflicher und sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose, vor allem durch Beschäftigungsprogramme und Arbeitszeitverkürzung

Der Mensch geht vor Profit

- Arbeit muss existenzsichernd sein und allen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen
- Initiativen der Landesregierung im Bundesrat zur Bekämpfung des Niedriglohnsektors und von Armutslöhnen
- Umwandlung der Leih- und Zeitarbeit in reguläre Arbeitsverhältnisse umfassende Umsetzung der Equal Pay-Regelungen (gleicher Lohn für gleiche Arbeit)
- Durchsetzung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

UZ-Extra/SAARLAND-REPORT

Herausgeber: DKP-Bezirksvorstand Saarland. V.i.S.d.P.: A. Moses, Sittersweg 83, 66113 Saarbrücken. Redaktion: F. Hertel. Druck: Uniondruck Berlin. Auflage: 15.000 Exp.

Nie wieder Faschismus Nie wieder Krieg!

Aus einem Aufruf überlebender Verfolgter des Naziregimes und Aktivisten der Friedensbewegung; zu ihnen gehören: Ludwig Baumann, Rolf Becker, Esther Bejarano, Volker Bethge, Henny Dreyfuss, Prof. Dr. Heinrich Fink, Silvia Gingold u.a:

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg - das sollte die Lehre aus 12 Jahren Terrorherrschaft, Holocaust und Vernichtungskrieg sein. 70 Jahre danach spricht der Bundespräsident, der sich wieder „mehr militärische Verantwortung“ wünscht, zum Jahrestag der Auschwitz-Befreiung ohne den Krieg zu erwähnen, der Grundlage des Holocaust war. Jeder Tag, an dem die Front im Osten hielt, war ein Todestag für Tausende.

Deshalb wenden sich überlebende Verfolgte des Naziregimes und Aktivisten der Friedensbewegung

mit einem Aufruf an die demokratische Öffentlichkeit, am 8. und 9. Mai 2015 mit vielfältigen sichtbaren Aktivitäten deutlich zu machen, auch heute gilt die Losung „Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg“.

Am 8. Mai 1945 wurde ganz Europa von dem Verbrechersystem des deutschen Faschismus und seinem Krieg befreit. Mehr als 55 Millionen Menschen waren zuvor Nazi-Terror, Holocaust und Vernichtungskrieg zum Opfer gefallen. Millionen Menschen auf der ganzen Welt bezahlten den deutschen Griff nach



Am 30. April 1945 hissten Sowjetsoldaten in den frühen Morgenstunden auf dem Dach des Reichstags die rote Fahne des Sieges über den Faschismus. Wenige Tage später kapitulierten die verbliebenen Einheiten der Wehrmacht in Berlin.

der Weltherrschaft mit unvorstellbarem Leid. Deshalb verdanken wir als heute Lebende die Grundlagen eines Lebens in Frieden, Freiheit und Vielfalt den Siegern des 8. Mai.

Die alliierten Streitkräfte, unter denen die Rote Armee mit Abstand die größte Last des Krieges in Europa zu tragen hatte, sind auch unsere Befreier. Ihre Rolle und die des Widerstands in Deutschland und den von der Wehrmacht be-

setzten Ländern zu würdigen und die geschichtliche Wahrheit über Ursachen und Folgen des Faschismus zu bekräftigen, ist bis heute eine unerlässliche Pflicht. Angesichts der deutschen Verantwortung für die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts muss die historische Konsequenz, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, verteidigt und an nachfolgende Generationen weitergegeben werden.

Wachsende Kriegsgefahren

Mit großer Sorge sehen wir, dass die gegenwärtige Krise um die Ukraine Europa an den Rand eines neuen Krieges treibt. An dieser gefährlichen Entwicklung tragen die deutsche Regierung, die EU und die NATO erhebliche Mit-schuld.

Entgegen den Festlegungen des 2-plus-4-Vertrages haben sich NATO und EU Schritt für Schritt an die heutigen Grenzen Russlands heran erweitert. Mit der Einbeziehung der Ukraine in EU und NATO-Strategien wurde eine explosive Situation geschaffen. Nicht als Vermittler, sondern als Konfliktpartei, behandeln NATO und EU Russland heute, als neuen alten Feind, dem sie mit Propaganda, Drohgebärden und Sanktionen gegenüberreten.

Wir fordern die sofortige Beendigung dieser gefährlichen Politik. Im 70. Jahr der Befreiung vom Faschismus steht die Bundesregierung in der historischen Verantwortung, eine neue Entspannungspolitik mit Russland auf den Weg

zu bringen, in der die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten Berücksichtigung finden. An den 8. Mai 1945 zu erinnern, heißt heute mehr denn je, den Frieden in Europa zu sichern. Eine starke Friedensbewegung muss Druck machen für Verständigung und Abrüstung statt Hetze und Rüstungsexport.



Beim Ostermarsch in Saarbrücken stand der Kampf gegen Kriegspolitik und Fremdemhass im Mittelpunkt.

Wie schon seit „ewigen“ Zeiten demonstrierten auch dieses Jahr an den Ostertagen bundesweit Tausende für Frieden und Abrüstung. Auch die DKP Saarland hatte zur Beteiligung am traditionellen Ostermarsch in der Landeshauptstadt aufgerufen. Gerade 70 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges sahen wir eine besondere Verpflichtung darin, an das Vermächtnis der Nachkriegsgeneration zu erinnern: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus.

Wer mehr über uns wissen will, sollte die Zeitung der DKP lesen: **Unsere Zeit**

UZ

ComPress Verlag GmbH
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Tel. 0201 - 17 78 89 - 23
E-Mail: Info@unsere-Zeit.de

Die Bilanz der GroKo im Saarland ist erschütternd

Anhaltende Arbeitslosigkeit, wachsende Armut, bedrohte Krankenhäuser, fehlende Lehrer und verarmende Kommunen sind alarmierende Ergebnisse

Spätestens mit der Einführung der Schuldenbremse erreichte die Hilflosigkeit der Regierenden ihren Höhepunkt. In der irrigen Annahme, mit dem Rotstift die Probleme lösen zu können, machen CDU und SPD als Träger der Großen Koalition (GroKo) das Land systematisch kaputt. Auch der neue Innenminister kann keine Wende bringen. Er hat zwar den Ruf eines „Machers“ und viele Leute glauben, dass jetzt endlich ein Mann da ist, der sich durchsetzen kann. Doch mit marktschreierischen Parolen und Hau-den-Lukas-Methoden ist den Problemen des Landes nicht beizukommen. Kein Weg führt an Einnahmeverbesserungen vorbei, und das ist nur umsetzbar, wenn der politische Kurs grundsätzlich geändert wird. Nachstehend eine stichwortartige Bilanz, welche die verhängnisvolle Politik deutlich macht, die uns die saarländische CDU/SPD-Koalition im Landtag bisher beschert hat.

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitsagenturen betreuen nur 30 Prozent der Arbeitslosen: die mit den besseren Qualifikationen und Chancen. Die übrigen müssen sehen, wo sie bleiben. Gestiegen ist die Arbeitslosigkeit von Älteren (55 Jahre u. älter) seit 2013 um 1,9 %, von Ausländern um 10,9 Prozent.

Inzwischen sind mehr als 14.000 Menschen langzeitarbeitslos, das sind 4,1 Prozent mehr als im Oktober 2013. Sie sind in der Regel mindestens ein Jahr lang arbeitslos und haben häufig die geringsten Chancen auf einen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt.

Armut im Saarland

Seit 2006 ist hier die Armutsquote um 48 Prozent gestiegen. Das Ergebnis kommt einem Erdbeben der Altersarmut gleich und stellt die Alterssicherung und damit die Einhaltung des Generationenvertrages gänzlich infrage. Im Saarland hat die Armut bundesweit mit am stärksten zugenommen. Fast jeder fünfte im Saarland lebende Mensch ist arm. Bei jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren ist jeder vierte arm; bei Jugendlichen und Kindern unter 18 Jahren jeder fünfte.

Wachsende Altersarmut

Das Rentenniveau sinkt fortgesetzt, bezogen auf die Kaufkraft. Die Altersarmut steigt im Saarland besonders stark an. Fast jede/r fünfte Rentner/in über 65 Jahre ist

betroffen. Jede/r zweite Rentner/in im Saarland erhält eine Rente unter dem Grundsicherungsbedarf von 706 Euro und hat Anspruch auf zusätzliche Sozialleistungen.

Trotz Arbeit arm

In Deutschland leben 3 Millionen Berufstätige in Armut, ihre Zahl wächst seit den 90er Jahren stetig an. Im Saarland liegt die Quote über dem Bundesdurchschnitt. Hier sind vor allem Frauen betroffen.

Die Landesregierung duldet trotz Vergabe-Gesetz den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen, dessen verbrecherische Auswirkungen beim Bau des Center-Parks am Bostalsee deutlich wurden.

Frauen benachteiligt

„Frauen haben das Recht auf gleichen Lohn für die gleiche Arbeit.“ So steht es im Gesetz, aber trotzdem verdienen Saarländerinnen laut Statistischem Bundesamt 25 Prozent weniger als Männer. Die LINKE-Abgeordnete Spaniol sagte dazu: „Der Unterschied ist bei uns besonders gravierend. Diese Entgeltlücke muss endlich geschlossen werden.“ Wenn hier nur 47,2 Prozent aller Frauen sozialversicherungspflichtig beschäftigt seien, belege dies einmal mehr, dass es offenbar an zukunftsfesten Stellen vor allem für Frauen im Land fehle. Viele Mütter müssten mit dem Risiko leben, dass nach der Elternzeit der Wiedereinstieg in den Beruf erschwert oder gar verwehrt werde. Spaniol

weiter: „Im letzten Jahr arbeiteten rund 30.000 Saarländerinnen im Niedriglohnsektor, die prekäre Beschäftigung im Saarland ist auf einem Höchststand.“

Finanzierung von Kliniken

„Es ist daher Gift, wenn das Land plant, die Krankenhausfinanzierung um weitere 3,5 Millionen Euro zu kürzen“, sagte Regionalverbandsdirektor Peter Gillo (SPD), der als Mitglied des Saarländischen Landkreistags im Ausschuss sitzt. Das Saarland befinde sich im Vergleich der Krankenhaus-Förderquoten der Länder bereits jetzt im unteren Drittel.

Zu wenig Verwalt.personal

In vielen Grundschulen im Saarland arbeiten Sekretärinnen weniger als zehn Stunden pro Woche! Die Verwaltungsarbeit bleibt somit bei den Schulleitern hängen. Bei einigen Schulen wird die Verwaltung im Rathaus miterledigt. Grundschulen sind in Trägerschaft der Kommunen. Die Schulleiter sind völlig überlastet, immer weniger Lehrer/innen sind bereit, Schulleiter/in zu werden.

Zu wenig für Schulen

Die Landeselterninitiative für Bildung sieht sich durch die Untersuchung des Statistischen Bundesamtes in ihrer Haltung bestätigt, dass das Saarland weiterhin Nachholbedarf bei den Ausgaben für die schulische Bildung habe, es sei notwendig, den geplanten Abbau von Lehrerstellen zu korrigieren. Die

Eltern hatten in den vergangenen Wochen immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass die Einsparungen den Anschluss des Saarlandes an den Durchschnitt der Bundesländer bei den Bildungsausgaben verhindern und dass sie die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen gefährden, wie etwa kleinere Klassen an Grund- und weiterführenden Schulen, den Ausbau von Ganztagschulen, die Umsetzung der UN-Behindertenechtskonvention, den Ausbau der Lehrerfeuerwehr sowie das Kooperationsjahr Kindergarten/Grundschule.

Nach den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes liegt das Saarland schon seit Jahren mit den Ausgaben je Schüler in Höhe von 5.800 Euro auf dem drittletzten Platz und bleibt damit deutlich unter dem Durchschnitt der Bundesländer (6.300 €).

Bezogen auf die Schulformen liegt das Saarland mit den Ausgaben je Schüler bei den Grundschulen mit 5.600 € (Bundesschnitt = 5.400 €) und den Gesamtschulen mit 7.500 € (Bundesschnitt = 7.200 €) zwar im Mittelfeld, aber bei den Gymnasien auf dem viertletzten Platz (mit 6.800 €, Bundesschnitt = 7.200 €), bei den Erweiterten Realschulen auf dem zweitletzten Platz (mit 6.300 €, Bundesschnitt = 7.700 €) und bei den beruflichen Schulen auf dem letzten Platz (mit 3.600 €, Bundesschnitt = 4.300 €). (Quelle: Stat. Bundesamt)

**Der Mensch
geht
vor Profit!**



www.dkp-saarland.de
www.kommunisten.de

**Deutsche
Kommunistische
Partei**

Landeselterninitiative stellt die Höhe des Lehrerstellenabbaus in Frage

Die Schülerzahlen gehen nicht in dem Maß zurück, wie noch im Jahr 2010 mit 21 Prozent als Prognose aufgestellt und von der Landesregierung als Grundlage für die Personaleinsparungen genommen. Deshalb hat die Elterninitiative die Gewerkschaften und den Beamtenbund aufgerufen, von der Landesregierung eine aktuelle Prognose der Entwicklung der Schülerzahlen sowie alle Berechnungen zum Lehrerberuf bis 2020 zu fordern und den Stellenabbau neu zu diskutieren.

Die Landesregierung habe als Grundlage für den einseitig beschlossenen Lehrerstellenabbau einen Bericht der Unternehmensberatung PWC genommen (veröffentlicht 2011 mit Zahlen von 2010). Darin ging man für das Jahr 2020 von 72.500 verbleibenden Schülerinnen und Schülern an allgemein-

bildenden Schulen aus. Nach den vom Bildungsministerium zuletzt im Juli 2014 aktualisierten Prognosezahlen rechnet man jedoch für 2020 inzwischen mit 79.668 Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen, ohne Förderschulen und ohne Schulen des zweiten Bildungsweges, Tendenz steigend. **Das sind rund 7.000 Schülerinnen und Schülern mehr als zur Grundlage für die Lehrerstelleneinsparungen genommen wurden.**

Es kommt hinzu: Im Saarland ist der Anteil der Lehrerinnen und Lehrer, die aufgrund von Dienstunfähigkeit vorzeitig in Pension gingen, mit 27,1 % der zweithöchste von allen Bundesländern (bezogen auf das Jahr 2013; Bundesdurchschnitt 13,3%). Viele Lehrer im Saarland sind nah an der Pensionsgrenze. Alles deutet darauf hin, dass die Lehrkräfte im Land offensichtlich besonders belastet sind.

Investitionsstau im Saarland besonders hoch

Bundesweit gibt es einen erheblichen Investitionsstau im kommunalen Bereich. Dabei schneidet das Saarland seit Jahren besonders schlecht ab. Einige der Ursachen dafür sollen nachfolgend dargestellt werden:

Schuldenstand des Landes

Ende 2013 belief sich der Schuldenstand des Saarlandes je Einwohner auf 13.853 Euro. Unter den Flächenländern lag man damit vor Schleswig-Holstein, dessen Schuldenstand je Einwohner 9.415 Euro betrug, deutlich an der Spitze. Trotz Schuldenbremse rechnet der Stabilitätsrat damit, dass der Schuldenstand pro Kopf 2017 noch um rund 1.000 Euro höher liegen wird.

Maßgebliche Ursache der hohen Verschuldung ist der wirtschaftliche Strukturwandel der letzten Jahrzehnte und die damit verbundenen krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklungen. Ein hoher Schuldenstand führte auch zu zunehmenden Zinslasten, über 500 Millionen Euro jährlich.

Verfall der Infrastruktur

Die kommunalen Sachinvestitionen je Einwohner lagen an der Saar auch 2013 laut Statistischem

Bundesamt auf einem niedrigen Niveau. Mit 184 Euro je Einwohner befand sich das Saarland vor Mecklenburg-Vorpommern (149 Euro je Einwohner) auf dem vorletzten Platz der Flächenländer.

Der Sanierungsstau in der kommunalen Infrastruktur führt mittelfristig zu steigenden Unterhaltsaufwendungen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnte zum Jahresanfang vor dem Verfall der kommunalen Infrastruktur und plädierte für eine Stärkung der kommunalen Investitionskraft. Das Saarland hat diesbezüglich großen Nachholbedarf, da hier die kommunalen Sachinvestitionen schon seit längerem besonders niedrig sind.

Sicherheit gefährdet

Die Linksfraktion im Saarländischen Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, von einem weiteren Stellenabbau bei der Polizei Abstand zu nehmen. Die innenpolitische Sprecherin Birgit Huonker erklärte: „Dieser Abbau geht zu Lasten der Sicherheit der Saarländerinnen und Saarländer. Ganze Dienststellen stehen vor dem Aus, damit ist die Präsenz der Polizei in der Fläche nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die Folge:



Bundesweit belegt das Saarland den drittletzten Platz bei den Bildungsausgaben

Nach den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes liegt das Saarland wie schon in den vergangenen Jahren mit den Ausgaben je Schüler in Höhe von 5800 Euro auf dem drittletzten Platz und bleibt damit deutlich unter dem Durchschnitt der Bundesländer (6300 €).

Besonders gravierend wirken sich die Kürzungen für die Universität des Saarlandes aus. Ganze Studiengänge sind gefährdet, Professoren und Mitarbeiter müssen um ihre Arbeitsplätze bangen. Auch die Zahl der Studierenden wird rapide zurückgehen, was nicht nur die Perspektiven der Jugend nachteilig beeinflusst, sondern auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Land verschärft.

Längere Anfahrtswege im Notfall und noch mehr Arbeit für die verbliebenen Mitarbeiter. Mehr als 250.000 Überstunden sind ein eindeutiger Beleg dafür, dass es bereits jetzt zu wenig Polizisten gibt. Die Kriminalität nimmt keine Rücksicht auf die Kassenlage der öffentlichen Haushalte.“

Die Linksfraktion sieht in der Gründung einer Bürgerwehr in Sitterswald einen Beleg für die verfehlte Politik der Landesregierung. Die innenpolitische Sprecherin Birgit Huonker erklärte: „Der Schutz der Bevölkerung ist eine der zentralen Aufgaben des Staates. Es ist eine sehr bedenkliche Entwicklung, dass sich mittlerweile die Bürgerinnen und Bürger selbst für die Sicherheit verantwortlich fühlen. Dies ist eine Folge des Kürzungsprogramms der Landesregierung. Wer angesichts steigender Einbruchzahlen, eines gestiegenen Polizeibedarfs bei Fußballspielen und Großdemos, eines wachsenden Unsicherheitsge-

fühl in der Bevölkerung und eines Rekord-Überstundenberges bei den Polizisten im Land weiter Stellen streichen will, handelt unverantwortlich“. Die Weigerung der Landesregierung, sich auf Bundesebene für eine gerechte Besteuerung von Millionen-Einkommen, -Vermögen und -Erbenschaften einzusetzen, führe zu einer weiteren Einschränkung der Handlungsfähigkeit von Land und Kommunen und gehe damit letztlich auch zulasten der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

Ein bedenklicher Vorgang

Die Senkung des Spitzensteuersatzes und der Unternehmenssteuer oder auch das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz führten nach Berechnungen des Institutes für Makroökonomie dazu, dass den Kommunen im Saarland inzwischen zwei Milliarden Euro an Steuereinnahmen entgangen sind. **Wenn das kein Grund ist, für eine andere Steuer- und Wirtschaftspolitik einzutreten?**



Ein „sozial gerechtes“ Sparen gibt es nicht

Da reden manche Leute vom so genannten „sozialen Sparen“, vor allem auf kommunaler Ebene, was angeblich „sozial gerechter“ sein soll. Das ist aber nicht nur verlogen, sondern auch äußerst gefährlich: Wenn statt *dieses* Schwimmbades ein *anderes* geschlossen wird, wenn statt *dieser* Gebühr eine *andere* erhöht wird, dann bedeutet das lediglich eine Modifizierung des Kaputtsparens. Also untauglich!

Bei den Grünen gibt es Phantastereien über einem „grünen“ Kapitalismus. Aber auch das gehört in die Mottenkiste zurück, denn damit werden die Probleme für das einfache Volk nicht gelöst, wird das Übel keineswegs an der Wurzel gepackt. Nur eine Alternative ist im Sinne der „kleinen Leute“ sinnvoll: Es muss Schluss endlich gemacht werden mit dem Rotstift zu Lasten der arbeitenden Menschen, die Superreichen müssen zur Kasse gebeten werden!

INFO-BOX

Ja, ich will:

- mehr Informationen über die DKP
- ein kostenloses Probe-Abo der UZ, Zeitung der DKP
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Mitglied der DKP werden

Vorname:

Name:

Anschrift:

Telefon:

E-Mail:

Bitte ausfüllen und senden an:

**DKP Saarland, Sittersweg 83, 66113
Saarbrücken - dkp-saarland@arcor.de,
www.dkp-saarland.de**

Schluss mit der Austeritätspolitik:

Solidarität mit dem griechischen Volk

Der DKP Parteivorstand erklärt seine Solidarität mit dem Versuch des griechischen Volkes und seiner Regierung, sich aus der menschenverachtenden unsozialen Austeritätspolitik, die ihm von der Troika aufgezwungen wurde, zu befreien.

Der Parteivorstand der DKP fordert die Bundesregierung auf,

- ihren Widerstand gegen eine grundlegende Änderung der Politik der EU gegenüber Griechenland aufzugeben;

- auf alle Forderungen zu verzichten, die von der griechischen Regierung die Fortsetzung des Sozialabbaus erzwingen sollen;

- stattdessen umgehend die Gelder freizugeben, die die griechische Regierung zur Absicherung von Lohn- und Rentenzahlungen und zur Gesundheitsversorgung der Bevölkerung benötigt;

- sowie einer gesamteuropäischen Schuldenkonferenz zuzustimmen, auf der vorbehaltlos alle Maßnah-

men – insbesondere Schuldenschnitt und Umverteilung der gesamteuropäischen Ressourcen – geprüft und beschlossen werden, die die derzeitige ausweglose Situation in vielen Ländern und für viele Millionen Menschen in Europa beenden helfen.

Der Parteivorstand der DKP erklärt insbesondere seine Solidarität mit den berechtigten Forderungen des griechischen Volkes nach Entschädigungsleistungen für die deutschen Kriegsverbrechen und die von den Nazis erpresste Staatsanleihe und unterstützt den einstimmigen Beschluss des griechischen Parlaments, dass die BRD die historische Schuld der damaligen deutschen Besatzungsmacht wenigstens nach 70 Jahren finanziell wiedergutmacht, auch wenn diese Verbrechen überhaupt nicht mit Geld aufgewogen werden können.

Lesen und weitergeben!